



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Vom linken Mainufer : (Correspondenz aus Hessen-Darmstadt).

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

liche Oberhohheit in Frage. Ist der Papsi wirklich der Stellvertreter Christi auf Erden, so muß er auch in aller und jeder Beziehung unabhängig sein, also Souverän, sei es auch nur auf einem kleinen Gebiet. Wir Protestanten verwerfen die Lehre der Stellvertretung und müssen deshalb auch glauben, daß die weltliche Macht unberechtigt ist; aber selbst von diesem Standpunkt ist der Zweifel erlaubt, ob eine Macht, die der Reformation widerstanden hat, durch die einer nationalen Bewegung gestürzt werden wird, welche schon längst ihren Höhepunkt überschritten hat. Indes wie dem auch sein mag, so viel steht fest, nicht ein Congreß, nicht eine Convention können die römische Frage lösen, sondern nur die Ereignisse; das Königreich Italien und die weltliche Macht des Papstes sind auf die Dauer unverträglich, entweder das erste löst sich wieder auf, oder die letztere fällt.

Für uns Deutsche scheint inzwischen kein Grund zu sein, aus der abwartenden Stellung hervorzutreten, wie sie die preußische Regierung gewiß sehr richtig eingenommen hat. Wir haben die freundschaftlichsten Gesinnungen für die italienische Nation, aber wir können uns nicht, um ihr aus einer selbstgeschaffenen Gefahr zu helfen, in einen Krieg stürzen, bei welchem wir die Rolle des Angreifers spielen müßten und der durch seine mitwirkenden religiösen Motive den Zwiespalt in unser eignes Lager tragen würde. Noch weniger liegt es uns ob, dem Kaiser Napoleon aus seiner Verlegenheit zu helfen; weder Frankreich noch Italien haben uns beim Abschluß der Septemberconvention um Rath gefragt, mögen sie sich denn auch allein über ihre Consequenzen verständigen oder nicht verständigen.

Vom linken Mainufer.

(Correspondenz aus Hessen-Darmstadt).

Mitte November.

Die jüngsten Vorgänge in Stuttgart und München haben die Frage nach dem Zeitpunkt und den geeignetsten Modalitäten für den Eintritt der süddeutschen Länder in den, unter preußischer Regide geeinigten Nordbund aufs Neue allen Freunden der nationalen Sache nahe gelegt. Ziemlich allgemein bricht sich die Ansicht Bahn, es werde am einfachsten sein, die süddeutsche Frage zu einer bayrisch-schwäbischen zu machen, und die Ultramontanen und Radikalen an Resenbach und Isar durch Aufnahme Badens und des gesammten bessischen Großherzogthums zu isoliren. Was Baden anlangt, so würde die Verwirklichung dieses Gedankens kaum auf irgend erhebliche Schwierigkeiten stoßen, denn die sämmtlichen Factoren der Gesetzgebung haben sich entschieden im nationalen Sinne ausgesprochen. Wie verlautet, will Preußen aber, daß der Eintritt Badens gleichzeitig mit dem des südlichen Hessen geschehe. Hier liegen die Verhältnisse aber wesentlich anders, als im Lande der Allemannen. Verweisen wir bei denselben einen Augenblick, um uns über die Lage zu orientiren. In Darmstadt hat sich die zweite Kammer und zwar mit mehr als Zweidrittel-Majorität für den sofortigen Eintritt in den norddeutschen Bund ausgesprochen; in der ersten Kammer fanden sich aber nur wenige Stimmen, die beitraten; die Regierung und namentlich der Großherzog sind entschiedene Gegner dieses Planes. Selbst die große Majorität, welche in der zweiten Kammer zu Gunsten des sofortigen Anschlusses an den Norden erzielt worden ist, beruht auf besonderen Umständen, die sich in solcher Weise vielleicht nicht wiederholen dürften. Erklären wir dies näher.

Es ist bekannt, daß unter den Feinden, die Preußen in Deutschland vor den Ereignissen des Jahres 1866 zählte, Herr v. Dalwigk, der hessische Ministerpräsident, in vorderster Reihe stand. Dies ging soweit, daß selbst die Unterhaltung diplomatischer Verbindung mit Preußen durch das persönliche Auftreten Herrn von Dalwigks gegen die in Darmstadt accreditirten preussischen Gesandten unmöglich gemacht wurde, wie dies namentlich in einem ekletanten Falle dem Herrn v. Caniz gegenüber zu Tage trat. Nun verdankt Hessen-Darmstadt sein gegenwärtiges Aufblühen ganz allein dem Zollverein. Aber während selbst Herr v. Beust davor zurückschreckte, an diese Grundlage der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands Hand anzulegen, führte Herr v. Dalwigk gelegentlich des französischen Handelsvertrages offenen Krieg gegen den Fortbestand des Zollvereins und erklärte ohne Scheu, es handle sich hierbei um politische Verhältnisse, die den Ausschlag geben müßten. Der hessische Premier konnte es sich schon damals nicht verhehlen, daß der Versuch, Preußen aus seiner Stellung in Deutschland zu verdrängen, schließlich zum Kriege treiben müsse. Er zählte für solchen Fall mit Sicherheit auf die Niederlage Preußens. Führte dies ganze Gebahren damals auch zu keinem Resultat, so war doch in der Krisis des Jahres 1866 der hessische Ministerpräsident einer der Eifrigsten in dem Bestreben, Preußen nunmehr den Schlag zu versetzen, der ihm schon lange zugegedacht war, damit dieser Staat (wie damals das Stichwort hieß) „in die ihm gebührende Stellung zurückgebracht werde.“ Die Selbstüberschätzung fand entsprechende Züchtigung in dem kläglichen Ausgange des Bundesfeldzugs. Das natürliche Gefühl sagte dem Lande nach Beendigung jener Feldzüge, daß Herr v. Dalwigk der ungeeignetste Mann sei, um mit Preußen über den Friedensschluß zu verhandeln. Herr v. Dalwigk selbst schien das einzusehen, er bat den Großherzog um seine Entlassung. Sie wurde zunächst nicht angenommen, weil keine passende Persönlichkeit zur Hand war. Dann fragte man im preussischen Hauptquartier an, ob man daran Anstoß nehmen würde, wenn der bisherige Minister als Friedensunterhändler erschiene. Graf Bismark ertheilte die gleichgültig-stolze Antwort, es sei ihm an der Persönlichkeit des hessischen Abgesandten nichts gelegen. So erschien denn Hr. von Dalwigk in Nikolsburg, er wurde amnestirt und soll später gerühmt haben, wie charmant Herr v. Bismark mit ihm gewesen sei.

Als nun der Friede geschlossen und die bedrohte Existenz des Großzogthums durch die diplomatische Intervention Rußlands gerettet worden war, kehrte der geflüchtete Souverän mit seinen Ministern nach Darmstadt zurück. Die Wellen der politischen Bewegung gingen damals in Europa sehr hoch; Frankreich zeigte eine tiefe Erbitterung über den Machtzuwachs Preußens, die geschlagenen Parteien rührten sich gewaltig in Deutschland, obschon der Lärm, den sie verführten, zu ihrem Jorn in richtigerem Verhältniß stand als zu ihrer wirklichen Macht. Die hessischen Machthaber aber betrachteten diese Vorgänge, welche nur die Ueberbleibsel des Wetters waren, das Europa durchtobt hatte, als die Vorboten eines neuen Sturmes, der das frisch errichtete Gebäude der preussischen Machterweiterung wieder zu Boden werfen werde. „Die Sache kann nicht dauern, es wird bald wieder anders, im Frühjahr kommen die rothen Hosen“ — das waren die Gesichtspunkte, von denen aus man die neuen Verhältnisse beurtheilte.

Herr v. Dalwigk nahm die Mainlinie ganz besonders ernst, er wiegte sich in der Hoffnung, Frankreich werde jedem Versuche Preußens, seine Machtsphäre über den Main hinaus auszudehnen, einen Kampf auf Leben und Tod entgegenzusetzen. Danach nahm er seine Stellung. Er betrachtete es als seine Aufgabe, aus Hessen den Pivot des Widerstandes gegen Preußen zu machen und

traf demgemäß seine Maßregeln. Zunächst galt es, an die Stelle der unbequemen zweiten Kammer eine neue gefälligere zu setzen. Die Resultatlosigkeit ihrer oppositionellen Bestrebungen hatte das Interesse der Bevölkerung an dem Kammerwesen erschöpft. Auch sonst war die Zeit zur Auflösung der Volksvertretung gut gewählt.

An die Stelle der Aufregung, die der Krieg hervorgerufen, war allgemeine Abspannung eingetreten. Die liberale Partei hatte noch keine Zeit gehabt, sich nach den überraschenden Erlebnissen zu sammeln. Dazu kamen die eigenthümlichen Preßverhältnisse unseres Landes. Die frankfurter Blätter bilden den Haupttheil der bei uns gelesenen Zeitungen; diese Journale, die in ihren Hauptrepräsentanten bisher mit der hessischen nationalen Fortschrittspartei Hand in Hand gegangen waren, nahmen nunmehr eine von ihrer früheren Haltung total verschiedene Stellung ein. Daß die Frankfurter Zeitung damals eine Zeitlang im Exil zu Stuttgart die nationale Partei mit gewaltiger Erbitterung angriff, war in den Antecedentien dieses Blattes begründet. Auch das Frankfurter Journal stand vollkommen unter der Herrschaft der verbitterten Stimmung, die in der Mainstadt herrschte und verhielt sich im besten Fall gegen die nationalen Bestrebungen theilnahmlos. Dazu kam, daß sich gerade damals das im Lande gegründete Parteiblatt, die „hessische Landeszeitung“, in Folge persönlicher Zwiste gegen ihre eigenen Gründer wandte und eine äußerst zweideutige Richtung einzuschlagen begann. So hatte die Partei, die mit großen Anstrengungen diesem Organ Verbreitung verschafft hatte, die Waffen gegen sich selbst geschmiedet. Die schnell ins Leben gerufene und seitdem in erfreulicher Weise erstarkte „Mainzeitung“ konnte in diesen Verhältnissen, wie das in der Natur der Sache lag, zunächst Nichts ändern.

Auf der anderen Seite setzte die Regierung alle Hebel in Bewegung, um partikularistische Wahlen herbeizuführen. Die Beamten, deren Ansehen eine Zeitlang durch die preussische Okkupation paralytisch worden war, arbeiteten mit Erbitterung und Eifer. Die Regierung gab die Wahlparole „hessisch oder preussisch“ aus, die offizielle und offiziöse Presse stellte die Sache so dar, als seien sämtliche Stimmen, die auf die Fortschrittspartei fielen, für Annexion an Preußen gegeben, und unter dem Hochdruck aller dieser Verhältnisse kam die gegenwärtige Kammer zusammen. Die Fortschrittspartei hatte mehr wie die Hälfte ihrer Sitze verloren: sie zählte unter 48 Kammer-Mitgliedern nur noch 15 Anhänger. Zum Führer der preußenfeindlichen Majorität des Hauses wurde der alte Heinrich v. Gagern aus Wien herbeigebracht, um wirklich im hessischen Ständesaal Platz zu nehmen. Nichtsdestoweniger waren die Verhältnisse stärker als die Menschen; die oberhessischen Mitglieder, obgleich als Gegner Preußens gewählt, konnten mit den heißspornigen Ultramontanen und dem Feuer und Flammen gegen Preußen speienden Herrn v. Gagern nicht zusammengehen, weil ihre provinziellen Interessen sie zu entschieden auf den Staat hinwiesen, der sie von allen Seiten umgiebt. Der erste Antrag auf Eintritt Gesamthessens in den Nordbund wurde von der Fortschrittspartei eingebracht, von einigen oberhessischen Abgeordneten unterstützt und mit geringer Majorität beseitigt. — Inzwischen aber hatte sich der politische Horizont stark umwölkt, die Luxemburgische Frage tauchte auf, Preußen faßte die Eventualität eines Krieges in das Auge; Herr v. Dalwigk mochte fühlen, daß man ihm in Berlin nicht traue. Als gewandter Diplomat wußte er sich zu helfen. Eine Anzahl regierungsfreundlicher Abgeordneter erhielt den Wink, daß ein Antrag auf Eintritt in den Nordbund opportun sei. Zu einem regierungsfreundlichen Werk drängten sich Viele herbei — zahlreich von Freunden des Ministeriums

unterstützt erschien der Antrag in der Kammer. Aber noch während derselbe in den Ausschüssen berathen wurde, schloß man das Luxemburger Compromiß ab, die Gefahr eines Krieges schien zunächst beseitigt und nun zeigte die Regierung die andere Seite ihres Doppelspiels. Sie bekämpfte den Antrag, der auf ihre eigne Anregung hingestellt worden war. In der zweiten Kammer ließ Herr v. Dalwigk erklären: „Hessen wolle seine Freiheit bewahren“. Allein die Unterzeichner des Antrages konnten nicht zurück, die Fortschrittspartei stimmte zu, und so ergab sich eine Majorität, die nach Außen sehr stolz aussah, von der aber ein großer Theil selbst nicht wußte wie ihm geschah, als er gegen die Regierung für den Eintritt in den Nordbund votirte.

In der ersten Kammer hatte Herr v. Dalwigk leichteres Spiel. Die oberhessischen Standesherrn, der politisch gebildeteste Theil der kleinen Gesellschaft, hat sich ganz aus derselben zurückgezogen, zwei Mitglieder derselben, Fürst Solms-Lich und Graf Solms-Laubach nahmen eine ehrenvolle Stelle unter den Freiconservativen des Reichstags ein. Der Rest, aus einigen östreichisirenden Grafen von Erbach und Büdingen, den Ministern selbst und dem bekannten Herrn Mousfang aus Mainz bestehend, wies den Antrag mit Entrüstung ab. Der Finanzminister v. Schenk nannte den Nordbund ein Unglück für das Land, vor dem man dasselbe nach Kräften bewahren müsse, Herr v. Dalwigk aber debutirte mit den berühmt gewordenen „Verlegenheiten“, die er dem Grafen Bismark ersparen wolle. Nur zwei oder drei Stimmen sprachen sich im nationalen Sinne aus.

Die Stellung, die Herr von Dalwigk und seine Collegen zu der nationalen Frage einnehmen, ist somit dieselbe preußenfeindliche geblieben, nur ihre Manöver wechseln nach den Umständen. Die „Mainzeitung“ hat dies bezeichnend so ausgedrückt: Die Politik der hessischen Regierung muß nach zwei Gesichtspunkten beurtheilt werden: entweder sie hat Angst oder sie hat keine Angst.

Eine Aenderung dieser Verhältnisse kann nur aus der Initiative des Großherzogs hervorgehen; diese würde aber auch hinreichen, alle Schwierigkeiten, die einer Entscheidung im nationalen Sinne entgegenstehen, zu beseitigen; die gesammten hessischen Verhältnisse und Personen können zur Noth à deux mains gespielt werden. Der Großherzog ist persönlich ein wohlwollender Herr und darin von seinem Vetter, dem Ex-Kurfürsten, gründlich verschieden. Besonders politische Kennzeichen fehlen; seine Neigungen concentriren sich auf das Aeußerliche des Staatswesens. Er interessirt sich (freilich in seiner Weise) für hessische Geschichte und historische Merkwürdigkeiten, theilt die fürstliche Vorliebe für Theater, Ballet und Uniformen und hat an Reglementirung des Bartwuchses seiner Beamten Freude. Alles das könnte er, und offenbar mit mehr Ruhe als gegenwärtig, auch als Mitglied des norddeutschen Bundes haben. Allein eine Reihe von Einflüssen ist seit Jahren thätig gewesen, um seine Abneigung gegen Preußen zu nähren, und nachdem seine Umgebung einmal bemerkt hatte, was dem Fürsten am angenehmsten klang, lag es in der Natur der Verhältnisse, daß man den herrschenden Meinungen so viel als möglich schmeichelte. Der Großherzog lebte in kinderloser Ehe mit einer bayrischen Prinzessin, einer Tochter König Ludwigs. Diese Dame, sonst von vorzüglichen und gewinnenden Eigenschaften, stand unter dem Einfluß der katholischen Geistlichkeit, namentlich des Bischofs von Mainz, und wirkte in deren Sinn auf ihren Gemahl. Nach dem Tode seiner Gemahlin hat der Großherzog sich seinem jüngsten Bruder, dem Prinzen Alexander, vollständig zugewendet, und es gilt dieser als der eigentliche Vertrauensmann und Rathgeber des hessischen Fürsten. Prinz Alexander, zuerst russischer, dann östreichischer General, steht ganz unter

österreichischer Inspiration. Im Frühjahr 1866 holte er sich mehrere Monate vor dem Ausbruch des Krieges die Bestallung als Bundesgeneral in Wien. Sein gänzlicher Mangel an militärischem Talent hat sich bei Führung der ihm anvertrauten Truppen in kläglichster Weise ausgewiesen. Nach dem bekannten Ausgang des von ihm geleiteten Feldzugs ging aus ihm nahe stehenden Kreisen die Schmähschrift „der badische Verrath“ hervor. Es ist allerdings bequemer zu denunciren, als selbst etwas zu leisten.

Einen gleich un günstigen Einfluß auf den heftigen Souverän übt sein Schwiegervater, der Erzking Ludwig von Bayern. Es ist bekannt, daß der „teutsehe Teutsche“ auf der Kaiserzusammenkunft in Salzburg erschien und seinen Schwiegersohn zum Aerger aller Vaterlandsfreunde in Hessen dahin mitzubringen wußte. Auch bei dem zweiten Kaiser-Rendez-vous in Paris hat König Ludwig nicht fehlen wollen; doch der Großherzog hatte diesmal das Einsehen, daß es passender sei, zu Hause zu bleiben. — So theilt der Fürst vielfach den Standpunkt seines Ministeriums, das ihm noch außerdem bei mannigfachen Geldverlegenheiten bequem ist und keinen weiteren Anspruch macht als den, im Amte belassen zu werden. Der präsumtive Thronerbe, Prinz Ludwig, vermählt mit einer englischen Prinzessin und dadurch Schwager des preussischen Kronprinzen, scheint entschieden auf preussischer Seite zu stehen und ist mit Herrn v. Dalwigk, mit dem er seit Jahren kein Wort mehr wechseln soll, gänzlich überworsen. Auf die Staatspolitik übt er indessen keinen Einfluß.

In jüngster Zeit soll sich das Verhältniß des Großherzogs zu Preußen wesentlich gebessert haben. Man schreibt dies den persönlichen Begegnungen zu, die er mit dem König und der Königin von Preußen gehabt hat. So viel steht aber noch gegenwärtig fest: alle Unterhandlungen mit Herrn v. Dalwigk, alle Bemühungen von Seiten des Landes, diesen Minister zu beseitigen, sind vollständig vergeblich, und wenn es König Wilhelm nicht gelingt, seinen Vetter davon zu überzeugen, daß es besser wäre, sich mit weniger antipreussischen Ministern zu umgeben, so wird Preußen von Darmstadt aus nach Kräften in seinen süddeutschen Plänen gehindert werden, bis man in der großherzoglichen Residenz wieder einmal „rechttschaffen Angst bekommt“.

Literatur.

Das Uebergangsjahr in Hannover, von Moritz Busch. Leipzig 1867 bei Quandt u. Händel.

Unwillkürlich fragt der Leser, der dieses Buch aus der Hand legt, was die nachwachsenden deutschen Geschlechter sagen werden, wenn sie dereinst aus demselben ersehen, wie sauer es ihren Vorfahren geworden ist, von einer Ordnung der Dinge Abschied zu nehmen, deren würdelose Beschaffenheit so offen zu Tage liegt, daß die Nothwendigkeit, aus welcher Preußen dem Unwesen der deutschen, zumal der hannoverschen Kleinstaaterie ein Ende machte, anderen Beweises nicht bedarf. Können die Söhne der einstmaligen Unterthanen der Kurfürsten von Trier, Köln oder Sachsen heute nicht mehr begreifen, wie es möglich gewesen, daß ihre Väter die Einverleibung in den preussischen Staat Friedrich Wilhelms III. für ein Unglück ansehen konnten, so werden die Deutschen des 20. Jahrhunderts es für eine Fabel halten, daß ihre Vorfahren allen Ernstes der Meinung gewesen, das Königreich Hannover sei zu einem Bestande bis an das Ende der Tage berufen und habe ein Recht besessen, der endlichen Einigung Deutschlands hindernd in den Weg zu treten. Die Summe